

**Resolution
der CSU-Landtagsfraktion
vom 6. November 2024**



**„Statt Aktionismus – Verlässlichkeit
und Planbarkeit für unsere Wirtschaft“**

1 Der Standort Deutschland steckt in einer tiefen Krise. Während die Weltwirtschaft
2 wächst, deutet vieles darauf hin, dass sich die deutsche Wirtschaft im zweiten Jahr in
3 Folge in einer Rezession befindet und damit das wirtschaftliche Schlusslicht unter den
4 Industriestaaten darstellt. Die De-Industrialisierung schreitet voran. Der ifo-Index für
5 die gewerbliche Wirtschaft ist im vergangenen halben Jahr abgestürzt und befindet
6 sich tief im negativen Bereich. Bayern, das industrielle Kraftzentrum Deutschlands,
7 leidet besonders unter dieser Situation. Die bayerische Wirtschaft wird vom
8 Bundestrend mitgezogen. Zum vierten Mal in Folge liegt der BIHK-Konjunkturindex
9 weit unterhalb des langjährigen Durchschnitts.

10 Eine der Ursachen dieser fatalen Entwicklung ist die Wirtschaftspolitik der
11 Bundesregierung. Überregulierung, unflexible Arbeitsregelungen, hohe Energiepreise
12 und Lohnkosten schwächen den traditionsreichen Industrie- und Mittelstandsstandort
13 Deutschland. Die Ideologie und Planwirtschaft, die Uneinigkeit und der Streit der
14 Ampel-Parteien und die damit verbundene Verunsicherung nehmen unseren
15 Betrieben jegliche Perspektive und verhindern Zukunftsinvestitionen.

16 Die Zeit drängt. Die wirtschaftliche Abwärtsspirale darf sich nicht weiterdrehen. Nur
17 eine starke Wirtschaft sichert unseren Wohlstand und ist der Motor unseres
18 Sozialstaats. Die Wirtschaft braucht eine nachhaltige Verbesserung der
19 Rahmenbedingungen, verlässliche Investitionen in eine funktionierende Infrastruktur
20 und durchdachte politische Reformen statt einem sich gegenseitig überbietenden
21 Gipfel-Aktionismus und kurzfristigen Subventionen oder Rettungsschirmen; sie
22 braucht jetzt Verlässlichkeit und Planbarkeit. Die Bundesregierung hat Vertrauen
23 verspielt. Doch ohne Vertrauen und Beständigkeit gibt es keine Investitionen in den
24 Wirtschaftsstandort Deutschland. Leere Ankündigungen gab es viel zu viele. Noch
25 mehr Zeitverschwendung können wir uns nicht leisten. Wir brauchen wieder Vertrauen
26 in die Zukunft in Deutschland und jetzt dringend entschlossene Maßnahmen der
27 Bundesregierung zur Stärkung der Wirtschaft.

28 In Bayern haben wir den Mut dazu. Im Koalitionsvertrag haben wir klare
29 Vereinbarungen getroffen: Es sollen mindestens 10 % aller Verwaltungsvorschriften
30 entfallen. Für neue Verwaltungsvorschriften wollen wir ein grundsätzliches Moratorium
31 für zwei Jahre einführen und deren Geltungsdauer künftig befristen. Für jedes neue
32 Gesetz sollen in Zukunft grundsätzlich zwei bestehende Gesetze abgeschafft werden.
33 Und in seiner Regierungserklärung hat Ministerpräsident Dr. Markus Söder Mitte Juni
34 das „Modernisierungs- und Beschleunigungsprogramm Bayern 2030“ mit zahlreichen
35 konkreten Maßnahmen zum Bürokratieabbau in allen wesentlichen Bereichen des
36 Landesrechts vorgelegt. Die ersten Gesetzespakete zur Umsetzung dieser
37 Maßnahmen wurden bereits erarbeitet und im Landtag eingebracht.

38 Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag fordert daher den Bund auf,
39 Fehlentscheidungen in der Förderpolitik umgehend rückgängig zu machen und die

40 Weichen konsequent und schnell auf Zukunft zu stellen. Bürgergeld, Heizungsgesetz,
41 Kindergrundsicherung, das Rentenpaket, das angedachte Tariftreuegesetz und
42 milliardenschwere Einzelsubventionen – die Fehlentscheidungen der Ampel-Koalition
43 müssen dringend auf den Prüfstand.

44 **1. Deutschland muss wieder wettbewerbsfähig werden**

45 Deutschland ist zu teuer. Die Produktionskosten in Deutschland sind zu teuer. Die
46 Belastungen haben ein Ausmaß erreicht, das das Wirtschaften hierzulande unattraktiv
47 gemacht hat und Unternehmen abwandern lässt. Die steuerliche Belastung von
48 Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern ist zu hoch. Sie muss für im Unternehmen
49 verbleibende Gewinne auf ein Niveau von 25 % gesenkt und der Solidaritätszuschlag
50 vollständig abgeschafft werden. Den Bürgern muss mehr Netto vom Brutto bleiben.
51 Leistung muss sich lohnen. Lohnzusatzkosten müssen runter und die soziale
52 Sicherung dringend reformiert werden. Die Rente mit 63 ist ein Auslaufmodell. Anreize
53 für die Frührente müssen abgebaut werden. Die Rente mit 67 muss Realität werden.
54 Das Arbeitszeitrecht muss flexibilisiert werden und Hinzuverdienstmöglichkeiten in der
55 Rente attraktiver gemacht werden. Zudem müssen wir Kranken- und
56 Pflegeversicherung bezahlbar und gleichzeitig zukunftsfähig machen.

57 Auch die Energiekosten haben die Grenzen der Belastbarkeit überschritten. Darunter
58 leidet ganz besonders die energieintensive Industrie. Strom muss billiger werden. Das
59 gilt auch für Handwerksbetriebe, für den Handel, für die Landwirte und auch für die
60 Bürger. Die Abschaltung der letzten drei Kernkraftwerke war nicht nur teuer, sondern
61 zum damaligen Zeitpunkt auch ein großer Fehler. Durch Datacenter und Cloud-
62 Computing ergeben sich zusätzliche Energiebedarfe. Wir brauchen ein sofort
63 wirksames Maßnahmenpaket, das die Stromsteuer für alle auf das EU-rechtliche
64 Minimum senkt, die versprochenen aber nicht umgesetzten Bundeszuschüsse zu den
65 Übertragungsnetzentgelten einführt und die energieintensiven Branchen nachhaltig
66 entlastet. Und wir müssen technologieoffen über die Energieversorgung der Zukunft
67 diskutieren. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Rahmenbedingungen für alle zu
68 verbessern. Investitionsentscheidungen müssen von Unternehmen getroffen werden,
69 die auch das Risiko tragen!

70 **2. Abläufe müssen vereinfacht werden**

71 Unternehmerische Freiheit ist der Schlüssel für Wachstum und wirtschaftliche
72 Dynamik. Bürokratie und gesetzliche Vorgaben haben sich zum Hemmschuh
73 entwickelt. Gold-Plating und daraus erwachsende Wettbewerbsverzerrungen zum
74 Nachteil der deutschen Wirtschaft darf nicht das Ziel sein. Das Ziel muss sein, unnötige
75 Bürokratie wie das von der Bundesregierung geplante Tariftreuegesetz erst gar nicht
76 zuzulassen.

77 Wir brauchen auf Bundesebene einen durchgreifenden Bürokratieabbau nach dem
78 Vorbild der Bayerischen Modernisierungsgesetze. Gesetze sowie Verordnungen und
79 Richtlinien müssen konsequent aus der Praxis heraus bewertet und danach
80 ausgerichtet werden. Der vom Bundeswirtschaftsminister angekündigte „Praxis-
81 Check“ nach bayerischem Vorbild muss weiterhin konsequent umgesetzt werden.
82 Beim Verfehlen von vorab definierten Zielen müssen die Gesetze angepasst oder
83 gestrichen werden.

84 Berichtspflichten für Unternehmen müssen reduziert werden - insbesondere für kleine
85 und mittlere Unternehmen: Oft werden kleine und mittlere Unternehmen von
86 Berichtspflichten stark belastet, obwohl sie gar nicht unmittelbar berichtspflichtig sind.

87 Kaskadeneffekte wie etwa beim Lieferkettengesetz sind unbedingt zu verhindern oder
88 abzubauen.

89 Vereinfachungen sind beispielsweise gerade auch in der Gesundheitswirtschaft – hier
90 vor allem für unsere forschenden Arzneimittelhersteller – zum Wohle der Menschen
91 notwendig: Wir benötigen sinnvolle Lockerungen bei der Durchführung klinischer
92 Studien und beim Votum von Ethik-Kommissionen. Damit lässt sich wieder zusätzliche
93 Innovationskraft in der Gesundheitswirtschaft entfesseln, die das Zeug hat, eine
94 Leitökonomie des 21. Jahrhunderts zu werden.

95 **3. Soziale Sicherung muss neu austariert werden**

96 Wir brauchen grundlegende Veränderungen in der sozialen Sicherung: Deutschland
97 hat nach wie vor einen großen Arbeitskräftemangel. Das Bürgergeld in seiner heutigen
98 Form muss deshalb abgeschafft werden. Wo sich jemand durch eigene Arbeit erhalten
99 kann, bedarf es der sozialstaatlichen Hilfe nicht. Deshalb muss die soziale Sicherung
100 nach einer angemessenen Zeit der Arbeitssuche wegfallen. Das setzt den richtigen
101 Anreiz zur Arbeit, verbessert die Integration von Zuwanderern und baut Pull-Faktoren
102 für eine Migration in unsere Sozialsysteme ab.

103 Die soziale Sicherung muss wieder auf die Fälle beschränkt werden, in denen jemand
104 aus berechtigtem Grund nicht oder nicht vollzeitig arbeiten kann, z. B. wegen Alters,
105 Krankheit, einer Behinderung, wegen der Erziehung von Kindern oder der Pflege von
106 Angehörigen. Klar ist für uns auch: Wer seine verfügbare Arbeitskraft voll einsetzt und
107 damit zu unserem Gemeinwesen beiträgt, verdient die Unterstützung, wenn der
108 Verdienst nicht ausreicht, um sich und die Familie zu ernähren.

109 **4. Automobilindustrie muss Zukunftsperspektiven haben**

110 Die Automobilindustrie ist die Schlüsselindustrie für Deutschland und Bayern. Sie
111 schafft zukunftsweisende Innovationen und ist Jobmotor. Die Branche steht vor
112 fundamentalen, globalen Veränderungen, die aufgefangen und begleitet werden
113 müssen.

114 Die Ende 2023 abrupt gestoppte Bundesförderung für klimafreundliche Nutzfahrzeuge
115 mit Wasserstoff- und Elektroantrieb und das Aus der staatlichen Prämie für E- und
116 Hybridfahrzeuge waren große Fehler. Es müssen die Voraussetzungen für die
117 Nutzung neuer Antriebsarten geschaffen werden. Dafür brauchen wir einen
118 schnelleren Ausbau von E-Ladesäulen und von einem zukunftsweisenden
119 Wasserstoffnetz.

120 Die Bundesregierung muss alle Hebel in Bewegung setzen, um das EU-Verbrenner-
121 Verbot rückgängig zu machen. Wir brauchen industrie- und klimapolitisch tragfähige
122 CO₂-Flottenziele für den gesamten Zeitraum von 2025 bis 2035 bzw. 2040 sowie eine
123 Neuregelung der Strafzahlungen verbunden mit einer Berücksichtigung
124 unzureichender Rahmenbedingungen für den Hochlauf klimafreundlicher
125 Antriebstechnologien. Um den notwendigen Gesetzgebungsprozess auf EU-Ebene zu
126 beschleunigen, muss die Überprüfung der CO₂-Regulierung unbedingt auf 2025 statt
127 2026, bzw. für schwere Nutzfahrzeuge und Busse auf 2026 statt 2027 vorgezogen
128 werden.